

Editorial: Der Fall Nokia und seine Lehren

Innovationsbericht 2007:
Licht und Schatten in Nordrhein-Westfalen

Biokraftstoffe: Risiken und Chancen für
Entwicklungsländer

Vierter Jahrgang der RGS Econ offiziell begrüßt

Bewerbung für ein Stipendium an der RGS Econ
jetzt online möglich

Ruhr Economic Papers – RWI : Materialien

Intern: Neu im RWI Essen

Nr. 1/2008



Der Fall Nokia und seine Lehren

Als der Nokia-Konzern am 15. Januar ankündigte, seine seit Ende der 1980er Jahre in Bochum angesiedelte Produktionsstätte umgehend schließen zu wollen, löste diese Nachricht in der Öffentlichkeit und in der Politik deutliche Empörung aus. Diese rührte vor allem daher, dass das Unternehmen im Zeitraum 1995 bis 2007 von Bund und Land Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Förderbetrag aus Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung und der Forschungsförderung als Subvention erhalten hatte. Die Enttäuschung unter den Betroffenen ist mehr als verständlich, traf sie doch die Mitteilung über die geplante Schließung angesichts zuletzt steigender Umsätze und zahlreicher Sonderschichten völlig unvermittelt.

Bei allem Verständnis für die Empörung, für Subventionszahlungen kann man nun mal keine Dankbarkeit von den Empfängern erwarten. Jede Subvention ist und bleibt mit Risiken verbunden, die direkte Förderung von Unternehmen ebenso wie die Infrastrukturförderung. Diejenigen Akteure, die man mit geldwerten Vorteilen – etwa zinslosen Krediten oder Befreiungen von der Gewerbesteuer – von außen in die Region locken kann, sind offenbar empfänglich für derartige Verlockungen. Wenn sie einmal – und vielleicht auch schon öfters – gegenüber finanziellen Anreizen empfänglich waren, warum sollten sie es da nicht gegenüber den Verlockungen anderer ebenfalls sein? Wer mit jemandem anbandelt, der „leicht zu haben“ ist, sollte gewarnt sein, auf was er sich einlässt.

Dennoch wird sich kein Landespolitiker und kein regionaler Wirtschaftsförderer der Gewährung von Subventionen verschließen können, solange andere Standorte im In- und Ausland ebenso verfahren. Eine nüchterne Einschätzung der Chancen und Risiken ist gleichermaßen vonnöten



wie das Setzen von Bedingungen zur Begrenzung der Risiken. Eine über den Investitionszyklus hinausgehende, hinreichend lange Bindungsfrist gekoppelt mit einer degressiven Ausgestaltung der Rückzahlung von Subventionen im Fall der vorzeitigen Aufkündigung der Subventionsvereinbarung stellt einen denkbaren Weg dar. Dazu gehört auch ein zeitnahe Monitoring der Finanzflüsse und der Einhaltung der mit ihnen verbundenen Zusagen. Es spricht vieles dafür, dass zumindest ein Teil dieser Anforderungen im Fall Nokia nicht erfüllt war. Aber je härter die Bedingungen, umso weniger ist eine gegebene Subventionshöhe wert. Da die Subvention dazu da ist, (gefühlte) Standortnachteile wettzumachen, mag sie wohl oder mag sie nicht ausreichen, wenn die Bedingungen verschärft werden.

Unternehmerische Standortentscheidungen spiegeln auch die Offenheit der politisch Verantwortlichen zum Wettbewerb wider und führen den Regionen ihre Wettbewerbsfähigkeit vor Augen. Auf Unternehmensansiedlungen zielende Subventionen hingegen verzerren den räumlichen Koordinationsmechanismus des Marktes. Zu begrüßen sind daher langfristig wirksame Investitionen in die Bildungs- und Forschungsinfrastruktur, nicht jedoch auf kurzfristige „Ansiedlungserfolge“ zielende Eingriffe in den Markt.

Christoph M. Schmidt

Aus der Forschung

Innovationsbericht 2007: Licht und Schatten in Nordrhein-Westfalen

Im Vergleich zu den Ländern Baden-Württemberg und Bayern erreicht Nordrhein-Westfalen in keinem der „Zukunftsfelder“ Biotechnologie, Mikro- und Nanotechnologie/Neue Werkstoffe, Produktionstechnik, Medizintechnik, Energietechnik oder Umwelttechnik die höchste Zahl der Patentanmeldungen bezogen auf eine Million Einwohner. Allerdings hat die Zahl der Patentanmeldungen in der Biotechnologie, Nanotechnologie und Energietechnik überdurchschnittlich zugenommen. Zu diesen und weiteren Befunden kommt der Innovationsbericht 2007, den ein Konsortium unter Federführung des RWI Essen im Auftrag des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalens erstellt hat.

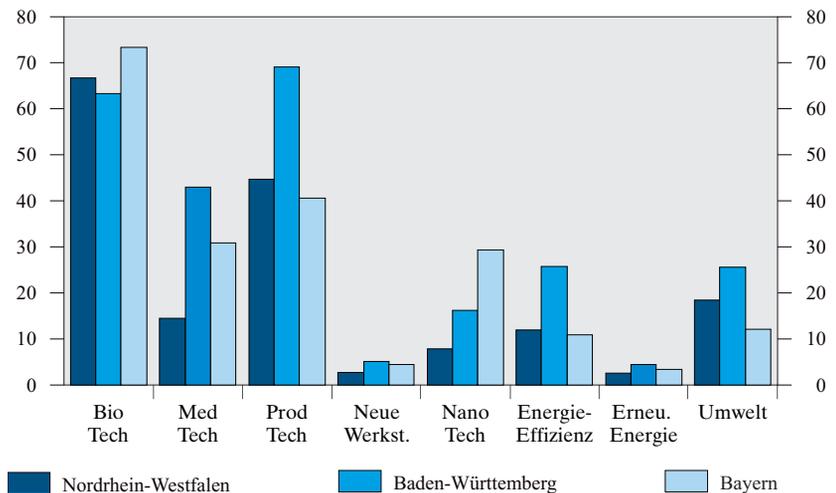
sechs „Zukunftsfeldern“ die höchsten Anteile an den Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt. Aufgrund der Größe des Landes Nordrhein-Westfalen verwundert dieser Befund allerdings kaum. In Relation zur Bevölkerung weist Nordrhein-Westfalen dagegen in kaum einem der sechs betrachteten „Zukunftsfelder“ bessere Werte als die beiden Referenzländer Bayern und Baden-Württemberg auf. Im Vergleich zu Baden-Württemberg hat Nordrhein-Westfalen einzig in der Biotechnologie die Nase vorn. Gegenüber Bayern kann Nordrhein-Westfalen vor allem in der Umwelttechnik punkten. Während für Nordrhein-Westfalen 18,5 Patentanmeldungen je eine Million Einwohner ermittelt wurden, waren es für Bayern nur 12,0. Auch in den Feldern Produktionstechnik und Energieeffizienz, einem Teilbereich der Energietechnik, hat Nordrhein-Westfalen immerhin noch eine um 10% höhere Anmeldezahl je Einwohner.

Die Bestandsaufnahme des Innovationsgeschehens in Nordrhein-Westfalen zeigt ein vielschichtiges Bild der Stärken und Schwächen: Zu den positiven Seiten zählt die vergleichsweise hohe Studienberechtigtenquote. Defizite zeigen sich dagegen bei den Forschungsaufwendungen der Wirtschaft. Über die allgemeine Bestandsaufnahme hinausgehend lag der Schwerpunkt des diesjährigen Innovationsberichts in der Analyse des Innovationsgeschehens von Nordrhein-Westfalen in ausgewählten „Zukunftsfeldern“.

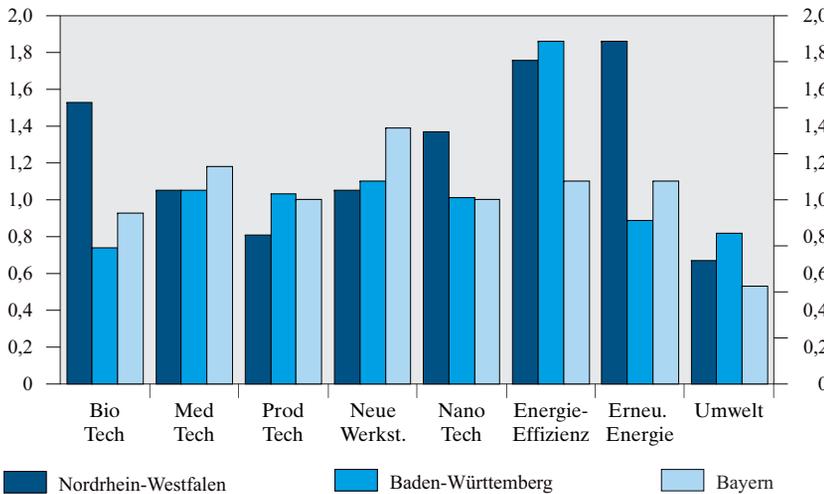
Hierunter sind Technologiefelder zu verstehen, denen ein herausragender Beitrag zum technischen Fortschritt beigemessen wird.

Von allen Bundesländern erzielt Nordrhein-Westfalen im Zeitraum von 2001 bis 2006 in drei von

Patentanmeldungen je 1 Million Einwohner



Patentanmeldungen 2001 bis 2006 im Vergleich mit 1995 bis 2000



Nanotechnologie (+ 37%) und bei den erneuerbaren Energien (+86%) erreicht Nordrhein-Westfalen deutlich höhere Zuwachsraten als Baden-Württemberg und Bayern. Demgegenüber zeigten sich für Nordrhein-Westfalen deutlich geringere Zunahmen bei Neue Werkstoffe, Produktions- und Medizintechnik.

Nordrhein-Westfalen hat hohe Zuwachsraten bei Patentanmeldungen in einigen „Zukunftsfeldern“

Bezüglich der zeitlichen Veränderung der Patentaktivitäten fällt die Bilanz aus Nordrhein-Westfalen-Sicht günstiger aus: Im Zeitraum von 2001 bis 2006 stieg die Zahl der Patentanmeldungen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Zeitraum 1995 bis 2000 in der Biotechnologie um 53%. In Bayern nahm die Zahl dagegen um 7%, in Baden-Württemberg sogar um 26% ab. Der starke Anstieg in Nordrhein-Westfalen steht vornehmlich in Zusammenhang mit Erfindungstätigkeiten von Forschern aus Nordrhein-Westfalen im Segment der industriellen Biotechnologie. Auch in der

Hinsichtlich der Beurteilung dieser Befunde gilt es natürlich die entsprechenden Maßstäbe im Auge zu behalten. Von allen Flächenländern erzielten Baden-Württemberg und Bayern seit Jahren die höchsten Forschungsaufwendungen und Patentanmeldetätigkeiten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zur Einwohnerzahl.

Zweifelsohne hat Nordrhein-Westfalen beachtliche Fortschritte in den untersuchten Zukunftsfeldern gemacht. Weitere Anstrengungen sind jedoch nötig und sinnvoll. Aufgrund bestehender technologischer und marktseitiger Risiken ist dabei darauf

Innovationsbericht 2007

Aufgabe des Innovationsberichts 2007 war es einerseits, die Innovationsindikatoren des Innovationsberichts 2006, der vom RWI Essen (Federführung) und dem Stifterverband-Wissenschaftsstatistik erstellt wurde, um ein weiteres Jahr fortzuschreiben (Teil A Indikatorenbericht). Andererseits waren die regionalen Innovationspotenziale in ausgewählten, durch den Auftraggeber definierten „Zukunftsfeldern“ – namentlich Biotechnologie, Mikro- und Nanotechnologie/Neue Werkstoffe, Produktionstechnik, Medizintechnik, Energietechnik und Umweltechnik –, zu untersuchen (Teil B Schwerpunktbericht).

Am Teil A waren wie im vergangenen Jahr das RWI Essen und der Stifterverband-Wissenschaftsstatistik beteiligt. Der Teil B wurde vom RWI Essen, von Prof. Dr. *Justus Haucap* (Ruhr-Universität Bochum und Universität Nürnberg-Erlangen) und dem Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik (RUFIS, an der Ruhr-Universität Bochum) bearbeitet.

zu achten, dass der Mix geförderter Vorhaben thematisch ausgewogen und an der Exzellenz der Forscher ausgerichtet ist.

Der Innovationsbericht liegt zum Download unter www.rwi-essen.de bereit.

*Informationen: engel@rwi-essen.de
lageman@rwi-essen.de, weiler@rwi-essen.de*



Biokraftstoffe: Risiken und Chancen für Entwicklungsländer

Die Herstellung von Biokraftstoffen ist eine Chance für Entwicklungsländer, sie ist aber mit erheblichen Kosten und Risiken verbunden. Zu ihnen gehören steigende Lebensmittelpreise und Umweltschäden, beispielsweise weil die später zu Biokraftstoffen verarbeiteten Pflanzen stark gedüngt werden. Entwicklungsländer sollten daher die Chancen und Risiken abwägen und sich nur bei positiven Rahmenbedingungen dafür entscheiden, Biokraftstoffe zu produzieren und die heimische Nachfrage nach ihnen finanziell zu fördern.

Es kann sich für Entwicklungsländer lohnen, die Produktion von Biokraftstoffen zu fördern, die damit verbundenen Kosten und Risiken sind jedoch nur schwer abzuschätzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des RWI Essen. Geschätzt wurden die Kosten, die entstehen würden, wenn zehn Prozent des heimischen Verbrauchs an Benzin und fossilem Dieselmotorkraftstoff durch Bioethanol und Biodiesel ersetzt würden. Als Beispielländer dienten Indien und Tansania.

Demnach würden sich in Tansania allein für Biodiesel grob geschätzt Kosten zwischen 20 und 130 Millionen US-Dollar ergeben. Für Indien schwanken die Schätzungen noch stärker, weil sich die Kosten für größere Produktionsmengen nur schwer schätzen lassen. Da die Produktion von Biokraftstoffen wesentlich teurer ist

als die fossiler Brennstoffe, müssten die Staaten zudem die heimische Nachfrage finanziell fördern. Eine Möglichkeit hierzu wäre, Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer zu befreien und damit preislich wettbewerbsfähig zu machen. In vielen Entwicklungsländern – unter ihnen beispielsweise die Elfenbeinküste, Ruanda und Südafrika – macht die Mineralölsteuer jedoch bis zu einem Viertel der gesamten Steuereinnahmen aus, so dass Ausfälle die Staatshaushalte empfindlich treffen würden. Steuervergünstigungen sollten daher vorsichtig eingesetzt werden und nur für eine begrenzte Zeit gelten.

Effekte auf Lebensmittelpreise und Beschäftigung sind schwer abzuschätzen

Neben Steuer ausfällen könnte die verstärkte Produktion von Biokraftstoffen in Entwicklungsländern zudem zu steigenden Preisen für Lebensmittel führen, wenn dadurch Anbauflächen für Lebens-



mittel knapp werden. Die Effekte auf die lokale Beschäftigung sind ebenfalls schwer zu berechnen, weil zwar einerseits Arbeitsplätze entstehen, andererseits aber voraussichtlich Arbeitsplätze in der Mineralölindustrie und im Agrarbereich verloren gehen würden. Auch die Umwelt würde nur eingeschränkt profitieren. Dies rührt zum einen daher, dass in der Regel viel Energie nötig ist, um Biokraftstoffe herzustellen. Zum anderen werden die später verarbeiteten Pflanzen, je nach klimatischen Bedingungen, häufig stark gedüngt und künstlich bewässert.

Zunächst in Forschung und Entwicklung investieren

Aufgrund der damit verbundenen Risiken sollten Entwicklungsländer zur Zeit nur dann die Produktion von Biokraftstoffen fördern, wenn die Rahmenbedingungen

entsprechend günstig sind. Auch dann sollten sie zunächst in Forschung und Entwicklung investieren und erst mit entsprechendem technischen Know-How Instrumente wie Steuerermäßigungen einsetzen, die die Nachfrage nach Biokraftstoffen steigern. Technologische Entwicklungen könnten aber in absehbarer Zeit dafür sorgen, dass diese Kraftstoffe von Entwicklungsländern gewinnbringend hergestellt werden können. Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet damit, dass die Produktion von Biokraftstoffen in Entwicklungsländern in den kommenden Jahren stark ansteigen wird.

Das Ruhr Economic Paper zur Studie mit dem Titel „Promoting Biofuels: Implications for Developing Countries“ ist im Internet unter www.rwi-essen.de/rep_als_pdf-Datei_abrufbar.

*Informationen: peters@rwi-essen.de,
weiler@rwi-essen.de*

Eingeworbene Forschungsaufträge

Zukunft der Gynäkologie und Geburtshilfe in Deutschland. Projekt für das Universitätsklinikum Ulm. Ansprechpartner: Dr. Boris Augurzky. Laufzeit: 8 Monate.

Auswirkungen der Einführung des Post-mindestlohns – Befragung von Unternehmen der Branche Briefdienstleistungen. Projekt für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprech-

partner: Dr. Jochen Kluge. Laufzeit: 1 Monat.

Auswirkungen von Corporate Governance Strukturen auf die Leistungsfähigkeit von Wasserversorgungsunternehmen und die Gesundheitssituation ihrer Verbraucher. Projekt für die KfW Bankengruppe. Ansprechpartner: Dr. Manuel Frondel. Laufzeit: 6 Monate.

Vorträge und Konferenzen

Vierter Jahrgang der RGS Econ offiziell begrüßt

Mit einer offiziellen Feier an der Universität Dortmund wurde der vierte Jahrgang von Stipendiaten der *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ) begrüßt. Er hat am 1. Oktober 2007 mit seiner dreijährigen akademischen Ausbildung begon-

nen und wird im ersten Jahr am RWI Essen betreut. Die Verbundinitiative der Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen sowie des RWI Essen ermöglicht pro Jahrgang acht Studierenden ein Promotionsstudium auf höchstem wissenschaftli-



Strahlende Gesichter: der vierte Jahrgang der RGS Econ mit seinen wissenschaftlichen Begleitern (v.l.n.r.): Prof. Dr. Wolfgang Leininger (Sprecher RGS Econ, Universität Dortmund), Dr. Stefan Rumpf (Koordinator RGS Econ, RWI Essen), Prof. Dr. Eberhard Becker (Rektor Universität Dortmund), Alfredo Paloyo, Klaus Seipp, Tobias Körner, Annika Meng, Alesia Khudnitskaya, Michaela Trax, Yu Zheng (alle Stipendiaten RGS Econ), Prof. Dr. Eckart Hasselbrink (Prorektor für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs, Transfer der Universität Duisburg-Essen), Matthias Keese (Stipendiat RGS Econ), Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Sprecher RGS Econ, Präsident RWI Essen)

chem Niveau. Der vierte Jahrgang besteht aus vier Stipendiatinnen und vier Stipendiaten, die aus Deutschland, Russland, China und von den Philippinen stammen. Insgesamt hatten sich 160 Bewerber aus aller Welt um die acht Stipendienplätze beworben. Finanziert werden diese durch Eigenmittel der kooperierenden Einrichtungen, aus Bundes- und Landesmitteln sowie

durch eine großzügige Förderung privater Mittelgeber. Der Rektor der Dortmunder Universität, Prof. Dr. Eberhard Becker, hieß die neuen Stipendiaten der RGS Econ mit einer kurzen Rede willkommen und wünschte ihnen viel Erfolg für ihre weitere akademische Zukunft.

Informationen: rumpf@rwi-essen.de

Bewerbung für ein Stipendium an der RGS Econ jetzt online möglich

Noch bis zum 30. April 2008 läuft die Bewerbungsfrist für ein Stipendium an der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Das Doktorandenprogramm nimmt jedes Jahr bis zu acht Nachwuchswissenschaftler auf. Diese können, mit einem Vollstipendium versehen, innerhalb von drei Jahren in Volkswirtschaftslehre promovieren. Die Bewerbung ist seit diesem Jahr zeit- und kostengünstig online über ein Internetportal möglich.

Die *Ruhr Graduate School in Economics* (RGS Econ) ist ein gemeinschaftlich von den Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen und dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI Essen) getragenes Doktorandenprogramm. Die zuständige, aus am Programm beteiligten Professoren bestehende Bewerbungskommission sucht auch in diesem

Jahr wieder acht exzellente Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler für das dreijährige Doktorandenprogramm der Volkswirtschaftslehre.

Die RGS Econ nimmt jährlich bis zu acht deutsche und internationale Doktoranden auf, die – mit einem monatlichen Vollstipendium in Höhe von 1.250 € versehen – schnell und unter optimalen Bedingungen im Bereich der Volkswirtschaftslehre promovieren können. Kennzeichen des Programms sind Schwerpunkte in der theoretischen Modellierung und ökonomischen Analyse sowie eine internationale Ausrichtung. Neben der finanziellen Förderung profitieren die Doktoranden vor allem von der Arbeit in kleinen Teams, der intensiven Betreuung, dem strukturierten Ausbildungs- und Forschungsprogramm sowie dem Zugang zu Netzwerken international renommierter Wissenschaftler. Bewerber sollten über einen hervorragenden Abschluss (Diplom, Master oder vergleichbarer Abschluss) in Volkswirtschaftslehre oder benachbarten Fächern verfügen. Unterrichtssprache ist Englisch.



Bewerbungsschluss für das zum 1. Oktober beginnende Doktorandenprogramm ist der 30. April 2008. Erstmals steht den Bewerbern in diesem Jahr ein Internetportal zur Verfügung, über das alle erforderlichen Bewerbungsunterlagen schnell und bequem über das Internet eingereicht werden können. Weitere Informationen zum Ausbildungs- und Forschungsprogramm sowie zum Bewerbungsverfahren finden sich im Internet unter www.rgs-econ.org.

Informationen: rumpf@rwi-essen.de

Publikationen

Ruhr Economic Papers

Download unter www.rwi-essen.de/rep

(33) **Yiquan Gu and Tobias Wenzel, A Note on the Excess Entry Theorem in Spatial Models with Elastic Demand**

Dieses Papier beschäftigt sich mit dem Excess-Entry-Theorem in Modellen horizon-

taler Produktdifferenzierung nach Vickrey (1964) und Salop (1979), wobei die Annahme unelastischer Nachfrage gelockert wird. Anhand einer Nachfragefunktion mit konstanter Nachfrageelastizität wird gezeigt, dass die Zahl der Unternehmen, die in einen Markt eintreten, mit zunehmender

Nachfrageelastizität sinkt. Das Excess-Entry-Theorem gilt nur, wenn die Nachfrage hinreichend unelastisch ist. Ansonsten ist der Marktzutritt zu gering.

(34) Harald Tauchmann, Silja Göhlmann, Till Requate, and Christoph M. Schmidt, Tobacco and Alcohol: Complements or Substitutes? – A Structural Model Approach

Die Frage, ob zwei Suchtmittel – nämlich Alkohol und Tabak – als Komplemente oder Substitute verwendet werden, ist von Interesse, wenn es darum geht, die Nebeneffekte von Anti-Rauch-Kampagnen zu bedenken. In diesem Papier wird hierzu ein alternativer Instrumentvariablenansatz gewählt, der statistisch eine experimentelle Studie imitiert und nicht auf Preisen als erklärenden Variablen beruht. Auf deutsche Umfragedaten angewendet zeigt sich, dass eine Reduzierung des Tabakkonsums auch zu einer moderaten Reduzierung des Alkoholkonsums führt. Dies impliziert, dass Alkohol und Tabak Komplemente sind. Hieraus lässt sich schließen, dass erfolgreiche Anti-Rauch-Kampagnen nicht zu steigendem Alkoholkonsum führen werden.

(35) Jochen Kluge, Hilmar Schneider, Arne Uhendorff, and Zhong Zhao, Identifying the Rebound – Evidence from a German Household Panel

In diesem Papier wird die Dynamik von Effekten untersucht, die durch Variation in der Dauer einer Fortbildungsmaßnahme entsteht. Verwendet werden von offiziellen Stellen in Deutschland bereitgestellte Daten zur Fortbildung und beruflicher Weiterbildung (FbW) mit der besonderen Eigenschaft, dass die Maßnahmedauer eine stetige Variable mit Werten von 10 bis 395 Tagen (d.h. 13 Monaten) ist. Dies erlaubt es, eine stetige „Dose-Response Function“ (DRF) zu schätzen, die jeden Wert der „Dosis“, d.h. der tagesgenauen Dauer der FbW-Teilnahme, einem dazugehörigen Maßnahmeneffekt auf die individuelle Be-

schäftigungswahrscheinlichkeit zuordnet. Die Ergebnisse zeigen eine ansteigende DRF für Maßnahmedauern bis zu 100 Tagen und einen anschließend flachen Verlauf. Das bedeutet, dass längere FbW-Maßnahmen keinen zusätzlichen Effekt hervorzurufen scheinen.

(36) Jan Heufer, Revealed Preference and the Number of Commodities

Diese Arbeit besteht aus zwei Teilen: Zunächst wird gezeigt, dass in zwei Dimensionen jede homothetische Nutzenfunktion, die durch paarweise Vergleiche von jeweils zwei Beobachtungen aus einer Folge von Konsumententscheidungen abgebildet wird, auch die Gesamtmenge der Beobachtungen abbildet. Im zweiten Teil wird eine vereinheitlichte Beweismethode präsentiert, um zu zeigen, dass das „Schwache Axiom der Offenbaren Präferenzen“ (WARP) das „Starke Axiom“ (SARP) in zwei Dimensionen impliziert, jedoch nicht in höheren Dimensionen. Ebenfalls wird gezeigt, dass Präferenzzyklen von beliebiger Länge sein können. Obwohl diese Ergebnisse bereits bekannt sind, verallgemeinert und vereint dieser Beweis diese, indem er notwendige und hinreichende Bedingungen für die Existenz von Präferenzzyklen angibt. Danach wird gezeigt, dass die notwendige Bedingung im zweidimensionalen Raum nicht erfüllt werden kann, während die hinreichenden Bedingungen in mehr als zwei Dimensionen immer erfüllt werden können.

(37) Ansgar Belke and Walter Orth, Global Excess Liquidity and House Prices – A VAR Analysis for OECD Countries

Bei einigen Marktteilnehmern und Kommentatoren herrscht die Meinung vor, dass Immobilienpreise durch spezifische regionale und institutionelle Variablen und nicht durch monetäre Rahmenbedingungen bestimmt werden. Dies ist aber nicht der Fall. Das Papier untersucht die Bezie-

hung zwischen globaler Überschussliquidität und den Preisen von Vermögenswerten auf globaler Ebene. Es zeigt sich in der VAR-Analyse, dass ein positiver globaler Liquiditätsschock zu dauerhaften Anstiegen des globalen BIP-Deflators und des globalen Immobilienpreisindexes führt, wobei letztere Reaktion die ausgeprägtere ist. Dies führt in der Folge zu einem Anstieg der Verbraucherpreise. Dagegen finden sich keine empirischen Belege für die Hypothese, dass der MSCI-World-Index als Maß für globale Aktienmarktentwicklungen signifikant auf Veränderungen der globalen Liquidität reagiert.

(38) Jörg Peters and Sascha Thielmann, Promoting Biofuels: Implications for Developing Countries

Diskutiert werden die ökonomische Rechtfertigung der Förderinstrumente von Biokraftstoffen und ihre Implikationen. Berechnungen für Entwicklungsländer wie Indien und Tansania zeigen, dass die umfangreiche Nutzung von Biokraftstoffen signifikante Kosten verursacht. Vorsichtig und unter angemessenen Bedingungen eingeführt, können Biokraftstoff-Programme trotzdem Perspektiven für bestimmte Entwicklungsländer darstellen. (s. S. 5f.)

(39) Emilia Del Bono, Andrea Weber, and Rudolf Winter-Ebmer, Clash of Career and Family – Fertility Decisions after Job Displacement

In dieser Arbeit wird untersucht, wie unerwartete Karriereunterbrechungen in Folge eines Arbeitsplatzverlustes die Fertilitätsentscheidungen beeinflussen. Dazu werden Geburtenraten von Frauen, die ihren Arbeitsplatz durch Firmenschließungen verlieren, mit den Geburtenraten in einer Vergleichsgruppe von Frauen verglichen, die nicht von Firmenschließung betroffen sind. Die Ergebnisse zeigen, dass der Verlust des Arbeitsplatzes die durchschnittliche Geburtenrate kurz- und mittelfristig (in den nächsten drei und sechs Jahren) um 5 bis 10% reduziert. Diese Reduktion geht vorwiegend auf das Verhalten von Angestellten und Frauen in höheren Lohnklassen zurück. Zusätzlich kann gezeigt werden, dass die geringere Fertilität nicht durch Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Einkommensverlust bedingt ist, sondern alleine durch die Karriereunterbrechung der entlassenen Angestellten entsteht.

RWI : Materialien

Download unter www.rwi-essen.de/mat

(40) Roland Döhrn und Günter Schäfer, Aufschwung verliert an Kraft - Konjunkturbericht 2008 für Nordrhein-Westfalen

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens ist im Jahr 2007 voraussichtlich um 2,6% gewachsen und damit gleich stark wie die im gesamten Bundesgebiet. Triebkräfte der Expansion waren die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. Allerdings haben sich die Konjunkturaussichten eingetrübt. Die hohen Weltmarktpreise für Rohöl und

andere Rohstoffe haben inzwischen ihren Niederschlag in einer anziehenden Inflation gefunden, was den Anstieg der Realeinkommen dämpft. Zugleich haben sich durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar die Exportchancen



vermindert. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen 2008 auf 1,8% abschwächt. Damit würde es in Nordrhein-Westfalen etwas rascher wachsen als im gesamten Bundesgebiet (1,7%). Dies ergibt sich vor allem daraus, dass das Land aufgrund der regionalen Ausrichtung seiner Exporte von der schwächeren Konjunktur in den USA und der Dollar-Abwertung weniger stark betroffen ist als andere Bundesländer. Insbe-

sondere in der Industrie dürfte sich dabei die Expansion deutlich verlangsamen. Nicht so stark an Schwung verlieren wird wohl die Produktion im Dienstleistungssektor. Die Arbeitslosenquote dürfte von 9,6% im Jahr 2007 auf 8,9% im Jahr 2008 zurückgehen. Darin kommt allerdings in erster Linie das relativ niedrige Ausgangsniveau Ende 2007 zum Ausdruck. Im Jahresverlauf verlangsamt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit voraussichtlich.

Intern

Neue Mitarbeiter im RWI Essen



Seit 1. Januar 2008 arbeitet Dr. *Andrea Weber* am RWI Essen. Sie studierte technische Mathematik in Wien und promovierte an der dortigen Technischen Universität. Des Weiteren absolvierte sie ein Postgraduierten-

Program in Volkswirtschaftslehre am Institut für Höhere Studien in Wien. Bevor sie für mehrere Forschungsemester an die University of California/Berkeley, USA wechselte, arbeitete sie unter anderem am Wiener Institut für Höhere Studien, am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung sowie für die Österreichische Postsparkasse. Ihre Forschungsinteressen liegen insbesondere auf den Gebieten der Arbeitsmarkttheorie und Mikroökonomie. Am RWI Essen leitet Andrea Weber das Projekt „Forschungsgruppe zur Analyse des individuellen Arbeitsangebotsverhaltens bei Existenz institutioneller Diskontinuitäten“, das von der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen der Förderlinie

„Frauen in Führungspositionen“ des Pakts für Forschung und Innovation 2008 gefördert wird. Daneben ist sie weiterhin als Gastdozentin an der University of California/Berkeley tätig.



Vom 1. Februar bis zum 31. August 2008 ist Prof. Dr. *Cornelia Scott* als Gastwissenschaftlerin am RWI Essen tätig. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften an der Heinrich-

Heine-Universität, Düsseldorf und erwarb ihren Dr.rer.oec. an der University of Economics, Krakau, Polen. Von 1996 bis 2000 war sie bei der Wibera Wirtschaftsberatung AG/PriceWaterhouseCoopers (PWC), Düsseldorf/Zürich in der Wirtschaftsprüfung, insbesondere bei der Prüfung und Beratung öffentlicher Verwaltungen tätig. Seit 2002 hat sie an der Hochschule Anhalt (FH) den Lehrstuhl International Manage-

ment and International Finance inne. Frau Prof. Dr. Scott ist darüber hinaus Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes Deutscher Betriebs- und Volkswirte.

Während ihres Gastaufenthalts am RWI Essen arbeitet sie an einem Projekt zur „Vitalisierung des Immobilienportfolios deutscher Kommunen durch Real Estate Investment Trusts (REITs) – eine kritische Analyse insbesondere im Hinblick auf vergleichbare ausländische Modelle“. Das Projekt ist im Kompetenzbereich Öffentliche Finanzen des RWI Essen angesiedelt.

RWI : News
Nr. 1/2008 (Februar 2008)

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen,
Tel.: 0201/81 49-0, Fax: -200, mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten.

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Fotos: Jürgen Huhn, Pressestelle TU Dortmund

ISSN 1612-3581